

# Islamischer Judenhass: die Bankrotterklärung der Bundesrepublik



Von C. JAHN | Der Zentralrat der Juden warnt vor dem Tragen der Kippa in deutschen Großstädten. Nun ist es amtlich: Juden sind in Deutschland nicht mehr sicher. Diese Feststellung ist zugleich ein politischer Totenschein für einen Staat, für den seit seiner Gründung die besondere Verpflichtung gegenüber den Juden in Deutschland stets ein zentrales Leitmotiv politischen Handelns war.

Der islamische Judenhass ist nichts Neues in Zeiten der totalen Bunten Republik. Seit Jahren ist dieses Problem bekannt, seit Jahren wurde es von der politischen Elite unter den Teppich gekehrt. Auch der Zentralrat der Juden hat stets weggeschaut. Deutlich früher hätte er sich zu Wort melden können und müssen. Aber der islamische Judenhass in der Bunten Republik ist ein äußerst heikles Thema, weil er untrennbar mit dem Lieblingsprojekt der politischen Elite verknüpft ist: der Buntisierung Deutschlands durch Massenansiedlung von Muslimen. Jede Kritik am islamischen Judenhass wäre gleichzeitig als Kritik am staatlich organisierten Import dieses islamischen Judenhasses verstanden worden und hätte den Zentralrat der Juden unweigerlich in einen Konflikt mit der gesamten politischen Elite geführt: mit den Merkels, den Steinmeiers und all den sonstigen Typen, mit denen man am Auschwitz-Gedenktag so gern Händchen hält und Betroffenheit mimt.

Hand in Hand mit den Haupttätern, Appeasement und Schmusekurs gegenüber den politischen Hauptverantwortlichen für die Wiedereinbürgerung des Judenhasses in Deutschland. Man kann dem Zentralrat der Juden gar nicht genug Vorwürfe machen, dass er erst Jahr 2018 zögerlich beginnt, öffentlich auf Zustände und Zusammenhänge aufmerksam zu machen, die ihm seit mindestens 20 Jahren, wenn auch nicht im heutigen Ausmaß, bestens bekannt sind.

Die Feststellung, dass Juden in Deutschland nicht mehr sicher sind, ist allerdings mehr als eine verspätete Sicherheitswarnung eines Verbands, dem es an Mut und politischem Rückgrat fehlt. Dass Juden in Deutschland nicht mehr sicher sind, sollte die gesamte politische Elite der Bundesrepublik wie ein Faustschlag im Gesicht treffen. Denn diese Feststellung schließt den Kreis zu den Zuständen im Dritten Reich. Schlimmer noch: Man sollte sogar die Frage stellen, ob während des Dritten Reiches Juden in Berlin durch einfache Passanten mit dem Gürtel auf offener Straße verprügelt wurden. Möglicherweise ist diese Form zivilen Straßenterrors gegen Juden nämlich ein besonderes historisches Markenzeichen unserer Bunten Republik, dem „neuen Deutschland“, dem weltoffenen, toleranten Paradies auf Erden.

Dass sich eine Verfolgung von Juden in Deutschland nie mehr wiederholen darf, gehört zu den zentralen Gründungsgedanken der Bundesrepublik. Mehr noch: dieser Gedanke war ein über Jahrzehnte in blumigen Reden immer wieder beschworenes Leitmotiv für das gesamte politische Handeln der politischen Verantwortungsträger. Dass deutsche Politiker ausgerechnet dieses Leitmotiv missbrauchten, um unter Berufung auf Auschwitz unter dem Schlagwort der „Toleranz“ Millionen von judenhassenden Arabern anzusiedeln, war und ist eine geradezu ekelhafte Verhöhnung der Opfer der Judenverfolgung im Dritten Reich: den Tod dieser Menschen schamlos dazu auszunutzen, um im großen Stil neuerlich Judenhass nach Deutschland zu importieren – es verschlägt einem die Sprache.

Juden sind in Deutschland nicht mehr sicher – dieser Satz ist das Leichentuch über der gesamten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Schimpf und Schande für diesen Staat!